

Umkämpftes Wohnen auch in Winterthur

Peter Nowak. Die Housing Action Days werden in vielen Städten in Europa als Aktionstage für das Recht auf Wohnen und das Recht auf Stadt, gegen Wohnungsnot, Vertreibung und Repression gegen Obdachlose und Hausbesetzer:innen durchgeführt. Aufgerufen wird durch die European Action Coalition und Aktionen wird es auch in Winterthur geben.

In diesem Jahr werden im Rahmen dieser Aktions-tage vom 29. März bis 7. April in zahlreichen Städten in ganz Europa die unterschiedlichsten Aktionen von wütenden Mieter:innen geplant, die sich dagegen wehren, dass sie sich in vielen Innenstädten das Wohnen nicht mehr leisten können.

In dem zentralen Aufruf zum Housing-Action-Day 2024 werden die Hintergründe des sozialen Protestnetzwerks beschrieben: «Das Europäische Aktionsbündnis für das Recht auf Wohnen und Stadt ist ein Zusammenschluss von Bewegungen aus verschiedenen Städten in mehreren europäischen Ländern, die für die Einhaltung dieser Grundrechte kämpfen.» Aufgezählt werden soziale Bewegungen, aktive Mieter:innen, Slumbewohner:innen, Bewohner:innen von besetzten Häusern, Opfer von Zwangsräumungen oder von Verschuldung, aber auch Fachleuten und aktivistische Forscher:innen. Jahrelang haben sie unabhängig voneinander Kampagnen geführt, die aber oft wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben. So sahen die Notwendigkeit, sich zusammenzuschliessen, um diesen Kampf zu verstärken und gemeinsame Massnahmen und Positionen zu europäischen Wohnungsfragen zu ergreifen.

Gegen die Stadt der Reichen

Auch in der Schweiz sind in verschiedenen Städten Aktionen im Rahmen der Housing-Action Days geplant. So kämpft die Häuservernetzung Winterthur schon länger gegen die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile aus der Stadt. Dass es in letzter Zeit dort viel Widerstand gibt, liegt an der besonderen Geschichte der Stadt. Im ehemals stark proletarisch geprägte Winterthur schlossen in den letzten Jahrzehnten viele Fabriken. Vermehrt zogen einkommensärmere Bevölkerungsteile in die Stadt.

Gleichzeitig etablierte sich in den leerstehenden Häusern eine linke Subkultur. Schon bei einem kurzen Spaziergang durch die Stadt fallen viele bunte Häuser auf und auch die vielen Transparente mit linken politischen Parolen, die dort aus den Fenstern hängen. In letzter Zeit findet sich dort oft die Parole: Gegen die Stadt der Reichen. Denn wenn es nach den Verantwortlichen der Stadt geht, soll es eine massive Aufwertung geben. Die Stadt Winterthur hat vor ein paar Jahren einen Entwicklungsplan mit dem Namen «Winterthur 2040» publiziert, wo sie das langfristige Ziel formuliert, Winterthur bis 2040 zu einer Kultur- und Bildungsstadt umzubauen. «Die Umsetzung würde bedeuten, dass kein Platz mehr für linke Subkultur und einkommensarme Menschen in der Stadt ist. Dagegen richten sich die Proteste der Menschen, die teilweise schon sehr lange dort wohnen», erklärten einige Aktivist:innen in dem linken Internetmedium Untergrundblätter und wie auch schon im *vorwärts* zu lesen war.

Solidarische Arbeiter:innenkultur

So entsteht in Winterthur in der Abwehr des kapitalistischen Angriffs eine neue Solidarität in den Städten. Hier kommen Rentner:innen, Auszubildende mit subkulturellen jugendlichen zusammen, diskutieren und streiten auch über einige Fragen. Aber sie zerstreuen sich nicht an kulturellen Differenzen, wie Musik- und Modegeschmack oder Frisuren. Denn alle haben ein Ziel: Sie stehen zusammen, wenn es um den Kampf gegen weitere Räumungen, gegen Mieterhöhungen und Luxusprojekte geht. Hier überwiegt das gemeinsame Interesse, sich nicht vertreiben zu lassen, gegenüber kulturellen und sonstigen Unterschieden. Eine solche neue Solidarität in den Städten wird oft in Regionen wirkungsvoll, in denen es über viele Jahrzehnte eine solidarische

Daher wird der Gemeinderat (Exekutive) beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um «eine verbindliche Definition von bezahlbarem Wohnraum festzulegen», einen «Mietzinsdeckel nach Sanierungen einzuführen» sowie «ein Rückkehrrecht nach Sanierungen für die Mieter:innen einzuführen.» Weiter soll in «Zeiten von Wohnungsnot für Sanierungen, Umbau oder Abbruch und Ersatzneubau eine zusätzliche Bewilligungspflicht» eingeführt und die Vermieter:innen dazu verpflichtet werden, die «Mietzinse der Vormieterschaft den Mieter:innen zwingend anzugeben einzuführen». Diese Massnahmen seien notwendig, um die Ziele auszubauen, welche im «Reglements über Boden- und Wohnbaupolitik» sowie in der Wohnstrategie der Stadt Bern festgehalten werden.

100 Milliarden zu viel Miete bezahlt

In der Schweiz übersteigen die realen Mietkosten massiv die zu erwartenden Kosten für die Mieter. Genau: Wie eine Studie vom Büro BASS zeigt, sind die Mieten gemäss Mietpreisindex 36,2 Prozent höher angestiegen, als das aufgrund der «relevanten Kostenfaktoren gemäss geltendem Mietrecht» zu erwarten gewesen wäre. Allein im Jahr 2021 haben so Mieter:innen schweizweit 10,4 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt. Seit Mesbeginn im Jahr 2006 bis zur Veröffentlichung der Studie 2021 haben so Mieter*innen in der Schweiz über 100 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt.

«Dem müssen wir etwas entgegensetzen», halten Micieli und Joggi in ihrer Motion zu recht fest. Der in der Stadt Bern «immer kleinere Teil an bezahlbarem Wohnraum» müsse daher «besser geschützt werden», fordert die Motion. Vorzeitige Sanierungen oder preistreibende Renovationen sollten deshalb «stark eingeschränkt werden». Abgesehen davon, dass sie ökologisch schädlich seien, «treiben sie die Mieten in der Stadt unnötig in die Höhe und vertreiben so einkommensschwächere Mieter:innen, Familien und alleinerziehende Elternteile».

Zum Schluss hält die Motion der AL/PdA-Fraktion fest: «Eine sozialere Wohnpolitik ist dringend nötig, um Armut, prekären Lebenssituationen und der Verdrängung im Stadtraum entgegenzuhalten.»

Für eine soziale Wohnungspolitik

sit. In der Stadt Bern sind die Mieten gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent gestiegen. Die AL/PdA-Fraktion im Stadtberner Parlament reicht eine Motion ein, um den steigenden Mieten auf dem städtischen Immobilienmarkt Halt zu bieten. Gefordert wird unter anderem eine Mietzinsdeckelung.

«Der Vergleich mit dem Landesindex der Konsumentenpreise und dessen Teilindex zu den Wohnungsmieten zeigt, dass der Mietpreisanstieg in der Stadt Bern und gesamtschweizerisch seit 2004 ähnlich verläuft», informiert die Präsidialabteilung der Berner Stadtregierung in ihrer Medienmitteilung vom 7. März. Eine schonredende Kommunikationsart, um Folgendes zu sagen: Die Mietpreise für Wohnungen in der Stadt Bern steigen kontinuierlich an. Gegenüber dem 2023 sind die Mieten um ganze drei Prozent gestiegen, wie die Mieterseherhebung 2023 beweist. Gleichzeitig sind gemäss der letzten Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik die Reallohne bei leicht steigenden Nominallöhnen 2022 um 1,9 Prozent gesunken. So muss auch die Stadtregierung festhalten und dabei gibt es nichts mehr schönzureden: «Weiter ist ersichtlich, dass die Entwicklung der Mietpreise deutlich über jener des gesamten Warenkorbes der Konsumentenpreise liegt.»

Konkrete Lösungsvorschläge

«Für eine soziale Wohnungspolitik –Mietzinsdeckelung statt Luxussanierungen» ist der Titel der Motion, die eine Woche nach der Veröffentlichung der Statistik der Mieterseherhebung von der AL/PdA-Fraktion im Stadtrat (Parlament) eingereicht und von Matteo Micieli (PdA) und Raffael Joggi (AL) unterzeichnet worden ist. «Die Stadt Bern muss das Recht auf Wohnen anerkennen und notwendige Massnahmen umsetzen, damit Personen, die in der Stadt Bern wohnhaft und angemeldet sind, Wohnraum finden, der ihren finanziellen Möglichkeiten entspricht», fordert die Motion.

Von der massiven Erhöhung der Mietzinsen sind auch Stadtwohnungen betroffen, in denen vielfach Menschen leben, die kaum in den höheren Einkommensklassen zu finden sind. Dies zeige, so Micieli und Joggi weiter in ihrer Motion, dass es nicht reichen würde, nur «markergänzend zu funktionaleren», so wie es der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern festhält. «Vielmehr müssen auch Lösungen gefunden werden, um den steigenden Mieten auf dem städtischen Immobilienmarkt Gegenhalt zu bieten», hält die Motion unmissverständlich fest.

Arbeiter:innenkultur gab, die durch die Deindustrialisierung im Zuge der Wandlungen im Kapitalismus verschwunden ist.

Natürlich waren diese fordristischen Fabriken Orte der Ausbeutung der Lohnarbeit. Doch sie waren auch Orte der Solidarität, Orte, an denen Menschen zusammenkamen, die mit der kapitalistischen Gesellschaft nicht einverstanden waren. Ein kämpferischer Streik war dann nur die weithin sichtbare Folge.

Die Mietrebell:innen

Die Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum und gegen Verdrängung sind in vielen Städten die Fortsetzung dieselben solidarischen Kämpfe. Darüber wird der Autor dieses Beitrags am 3. April im Rahmen des Housing Action Day in Winterthur an Beispielen aus unterschiedlichen Städten berichten. Grundlage des Vortrags ist das Buch «Umkämpftes Wohnen – Neue Solidarität». In den Städten, das er gemeinsam mit Mathias Coers im Verlag Edition Assemblage herausgegeben hat. In dem Vortrag soll diese neue Solidarität in den Städten auch als grösste Waffe gegen die Rechtsentwicklung in vielen Staaten vorgestellt werden. Denn die Rechte wird nicht von Linksbürokraten gestoppt werden, die gemeinsam die kapitalistische Gesellschaft erhalten wollen. Sie wird dann bekämpft, wenn sich Menschen unterschiedlich von Herkunft an ihren Arbeitsstellen, im Arbeitsamt und in ihren Stadtteilen und Wohnungen für ihre Rechte engagieren. Die Mietrebell:innen in Winterthur sind dafür ein gutes Beispiel.

«UMKÄMPFTES WOHNEN – NEUE SOLIDARITÄT», MITTWOCH, 3. APRIL, 19 UHR, RESTAURANT WIDDER, METZGASSE 9, WINTERTHUR
INFOS ZUM BUCH: UMKÄMPFTES-WOHNEN.



Wem gehört die Stadt?

Dass Micieli und Joggi nicht das Blaue vom Himmel verlangen, zeigt das Beispiel in Basel-Stadt: Hier wurde eine Verordnung über den Schutz von Wohnraum beschlossen, die praktisch eins zu eins die Forderungen der beiden Berner Stadträte umsetzt. Die Motion der AL/PdA-Fraktion ruft aber auch in Erinnerung, dass die radikale Linke besonders in der Wohnungspolitik ständig die Grundsatfrage stellen muss. So lautete der Wahlslogan der PdA bei den Stadtratswahlen 2020 in den Städten Bern und Biel: «Wem gehört die Stadt?» Es ist die Aufforderung, in der Wohnungspolitik (und auch hier wiederum nicht nur) die herrschenden Machtverhältnisse zu überwinden – was nach wie vor die Hauptaufgabe einer radikalen Linke sein muss.

Wahlplakat der PdA Bern für die Stadtratswahlen 2020.
Grafik: Christoph Stettler, stettlerbros.ch